



Mai 2021

Bürger:innenbeteiligung – (k)ein Lehrstück aus St. Georg



Umstrittener Bebauungsplan am Lohmühlenpark, siehe S. 5ff (Foto: M. Joho)

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe:
Mittwoch, 19.05.2021* s.s. 4

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Festkundgebung am 8. Mai	S. 2
Erklärung des Bezirksvorstands	S. 3
David Stoop Direktkandidat	S. 4
Rentner online	S. 4
Grundrechte wieder herstellen	S. 5
B-Plan St. Georg 43	S. 6
Nötige Gesetzesänderungen	S. 9
Termine / Kontakt	S. 10

Einladung zur Festkundgebung am Tag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg: 8. Mai 2021, 10-20 Uhr, Hamburger Rathausmarkt

„Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“
Esther Bejarano

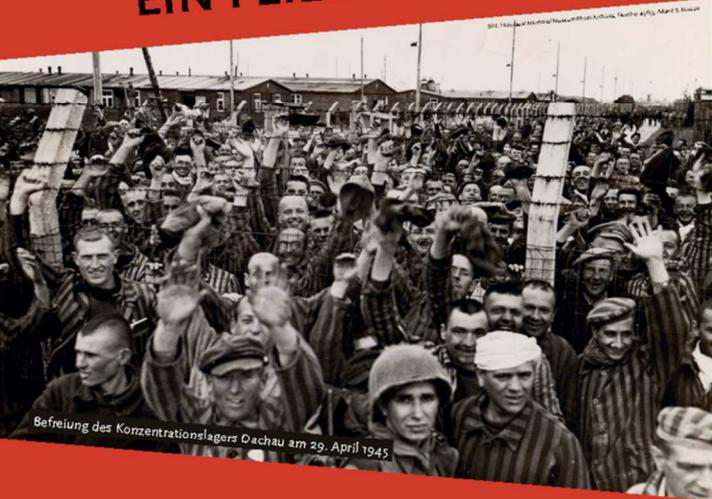
Wir, antifaschistische Aktive aus aller Welt in Hamburg, aus Schulen und Hochschulen, Gewerkschaften, Parteien und ihren Jugenden, aus Kunst- und Kultureinrichtungen sowie Stadtteilzentren, Geschichtswerkstätten und Gedenkorten, aus verschiedenen Religionsgemeinschaften, aus den Verfolgtenorganisationen, zivilgesellschaftlichen, sozialen und antifaschistischen Initiativen sowie Friedens- und Umweltbewegung, aus migrantischen Selbstorganisationen laden ein – im Sinne des Aufrufs von der Auschwitz-Überlebenden und Antifaschistin Esther Bejarano – den 8. Mai 2021 mit einem **Fest der Befreiung** auf dem Hamburger Rathausmarkt gemeinsam zu begehen.

Hier findet Ihr den Einladungsflyer, das Plakat und weiteres Mobilisierungsmaterial: <https://8mai-hamburg.de/publikationen/>

In einem **Bühnenprogramm** wollen wir an die Opfer des Nazi-Regimes und Widerstandskämpfer*innen erinnern, ihre Gedanken und Werke aufrufen sowie (vor)lesen, uns mit den Ursachen des deutschen Faschismus auseinandersetzen und die Erkenntnisse aus 1945 „für eine Welt des Friedens und der Freiheit“ (Schwur von Buchenwald) lebendig machen und feiern. Im Programm gibt es dafür Lesungen, Theateraufführungen, Musikdarbietungen, Kurzvorträge und Grußworte (von 10 bis 20 Uhr). Es beteiligen sich daran u. a. Toto Lightman Kinderchor, Michael Weber, Antikriegsambulanz, Marx Sisters and Brothers, Ruth

„Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“ Esther Bejarano

DER 8. MAI MUSS EIN FEIERTAG WERDEN!



Aus der Geschichte lernen!
Festkundgebung zur Befreiung von Faschismus und Weltkrieg
08. Mai 2021, 10–20 Uhr, auf dem Hamburger Rathausmarkt

Stender, Rapfugees, Lampedusa Moongrove, Tornado Rosenberg und viele mehr.

Um 18 Uhr findet eine **Podiumsdiskussion** zur Frage, warum der 8. Mai Feiertag werden muss, statt, bei der Alexander Klar (Direktor der Hamburger Kunsthalle), Kristian Glaser (DIE LINKE Hamburg-Mitte), Siglinde Hessler (Leiterin der Abteilung Grundsatz/Politische Planung des DGB Nord) und Sieghard Wilm (Pastor der Ev. Luth Kirchengemeinde St. Pauli) mitdiskutieren.

Auf einem „**Weg des Widerstands**“ (von 10 bis 16 Uhr) kann ringsherum informiert und gesprochen werden – zur Bedeutung der vielfältigen Facetten des Widerstands gegen die faschistische Verfolgung und Unterdrückung sowie der Befreiung von 1945 für die antifaschistische Tätigkeit heute. Mit Informationsständen beteiligen sich daran u. a. AG Antifa Uni Hamburg, Barmbecker Initiative gegen Rechts, DKP Hamburg, linksjugend solid Hamburg, Referat für internationale

Studierende im AStA UHH, Volksinitiative gegen Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen und verdi AK Frieden.

Es wird von der Festkundgebung für diejenigen, die nicht zum Rathausmarkt kommen können, einen Livestream geben:

<https://www.youtube.com/watch?v=0c3LK4BNRcE> Verbreitet diesen gerne über die Grenzen Hamburgs hinaus.

Als antifaschistische Bewegung ist unsere gemeinsame Aufgabe: **Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!** Darum muss der 8. Mai zu einem Feiertag werden. Unterschreibt dafür auch die Petition von Esther Bejarano und der VVN-BdA auf change.org/8mai.

Die Festkundgebung wird vom **Hamburger Ratsschlag für den 8. Mai als Feiertag** organisiert,

sowie zahlreichen Organisationen und Initiativen, u. a. vom Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte, unterstützt. Wer an diesem Anliegen mitwirken will, ist herzlich eingeladen. Meldet Euch dazu unter: kontakt@8mai-hamburg.de

Meldet Euch auch, wenn Ihr zur Mobilisierung Materialien zugeschickt bekommen möchtet. Das Material kann im Kopierladen abgeholt werden bei adupuc – An der Uni Print und Copyhaus GmbH (Grindelallee 32) und in der Buchhandlung im Schanzenviertel (Schulterblatt 55).

Weitere Informationen zu Programm, Beteiligten und Hygienekonzept sind auf der Website zu finden: www.8mai-hamburg.de

Bezirksvorstand: Erklärung zu den vom Senat beschlossenen Ausgangsbeschränkungen ab dem 02.04.2021

Wir lehnen die verschärften Ausgangsbeschränkungen, die ab dem 02.04.2021 gelten sollen, entschieden ab. Auf Grundlage von Mutmaßungen werden vor allem junge Menschen, die in den Abendstunden ihrem urchmenschlichen Bedürfnis nach sozialem Leben folgen, als unverantwortlich handelnd abgestempelt, anstatt endlich gründlich zu erforschen, wo Infektionen mit dem Sars-Cov-2-Virus wirklich stattfinden und diese zielgenau einzudämmen. Mit dem bußgeldbehafteten Verbot des Aufenthalts im öffentlichen Raum zwischen 21 und 5 Uhr werden alle in Sippenhaft genommen und eine Spaltung der Gesellschaft befördert, die der Pandemie-Bekämpfung und der verantwortungsbewussten Kommunikation zur Lösung der weiter wachsenden Probleme (soziale Spaltung, Klimawandel, Kriege, Flucht) entgegenwirkt. Außerdem steigt damit sogar die Gefahr weiterer Infektionen, weil sonst unter freiem Himmel mit frischer Luft stattfindende Zusammenkünfte nun in geschlossene Räume verlagert werden. Wir fordern:

- Endlich gründliche Erforschung der Infektionsherde
- Umfassende Nachverfolgung der Fälle und deren gezielte Isolierung
- Transparente Aufklärung über die tatsächlichen Herde bei der Verbreitung der Pandemie

- Es wird kein Ende der Pandemie geben, bis sie endemisch ist - also von der Menschheit absorbiert wurde. Die Politik der Panikverbreitung (die zur Entstehung und Nichtbehandlung weiterer Erkrankungen führt!) ist daher sofort zu beenden, zu Gunsten eines rationalen Umgangs mit der Infektion und Erkrankung.

- Die geschlossenen Hotels und leerstehenden Wohnungen sind sofort für obdachlose und geflüchtete Menschen zu öffnen! Auch Behandlung und Vorsorge müssen wieder stärker in den Blick genommen werden - was schützt und stärkt das Immunsystem?

- Das soziale Leben muss aufblühen, lasst uns die Grundrechte von der Last der Angst befreien!

Wir rufen auf:

- Lasst uns der Volksinitiative für das Verbot von Rüstungsexporten über den Hamburg Hafen gemeinsam zum Erfolg verhelfen! (<https://zivilerhafen.de/>).

- Beteiligt euch an den Aktivitäten um den Tag der Befreiung vom Faschismus am 08. Mai!

Links handeln statt Querdenken!

David Stoop zum Direktkandidaten in Hamburg Mitte gewählt

Am Sonntag den 11.04.2021 wurde der gewerkschaftliche und haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, **David Stoop** zum Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis 18 (Hamburg Mitte/Nord) gewählt.

„Gerade jetzt in der Krise ist eine starke LINKE wichtiger denn je“, so David Stoop, „denn wir sind die Partei, die sich am konsequentesten für einen sozialen Weg aus der Krise einsetzt: Für die Umverteilung von Reichtum durch eine Vermögensabgabe, für massive Investitionen in das Gesundheitswesen und die soziale Infrastruktur, für leistbare Wohnungen statt Immobilienspekulation zugunsten Weniger, für eine echte Klimawende sowie für Frieden und Abrüstung. Ich freue mich darauf, für diese Ziele auch unter schwierigen



gen Bedingungen einer Pandemie gemeinsam einen aktiven und kreativen Wahlkampf zu führen.

(PM, leider hat niemand aus dem Bezirk dazu etwas geschrieben -red)“

Erste öffentliche Onlineveranstaltung des Bezirksverbandes DIE LINKE Hamburg-Mitte

Am 22.4. feierten wir eine Premiere mit einer öffentlichen online Veranstaltung der AG Senior*innenpolitik Hamburg-Mitte mit dem Thema:

SeniorInnen und Corona – Chaos ohne Ende?

Als Referenten hatten wir Deniz Celik, MdHBü, gesundheits- und seniorInnenpolitischer Sprecher der LINKSfraktion zu Gast.



Die Veranstaltung wurde auf Basis von Zoom durchgeführt und sollte auf einen Youtube-Kanal „gestreamt“ werden. Leider konnte der Youtube



Kanal aufgrund eines technischen Problems erst nach etwa 30 Minuten gestartet werden. Dabei sind leider die einleitenden Worte von Deniz Celik bei der Aufzeichnung im Youtube Kanal verloren gegangen.

Immerhin waren wir auch in Zoom mehr als 10 Interessierte, nicht nur aus der Partei. Und die Debatte war vielfältig, vom Stand der Impfkampagne über die soziale Ungleichverteilung des Infektionsrisikos, die zweifelhafte Sicherheit durch Schnelltests bis zur Freigabe der Patente auf Impfstoffe.

Es lohnt sich, die Diskussion unter: <https://youtu.be/aBE4Hqgfiek> zu verfolgen. ws/bsl

Zum früheren Redaktionsschluss:

Es ist möglich, dass der Herr Redaktör ab Pfingsten für einige Wochen nicht in HH sein wird. Daher der vorgezogene Redaktionsschluss. Wenn sich das ändert, gebe ich rechtzeitig Bescheid. -besel

Grundrechtseinschränkungen seit dem 20.03.2020 sind nun zurückzunehmen!!

Ich beziehe mich auf die Aussage von Zaklin Nastic, die sich eindeutig dafür ausgesprochen hat, die immer noch andauernden Grundrechtseinschränkungen zurückzunehmen. (Hamburg Journal N3 vom 27.03.2021). Denn es geht hier auch um die Menschenwürde aus Art.1 GG, die nicht einschränkbar ist. Die Kandidat:innen werden für den Bundestagswahlkampf 2021 aufgestellt. Das sind Zaklin Nastic, Deniz Celik und viele andere. Auf alle kommt jetzt einiges Schwierige zu im Bundestagswahlkampf. Es muss das politische Programm der Linken umgesetzt werden.

Es wird von Seiten des Parlaments und der Regierung herumgeeiert. Die Schutzimpfungen laufen 2021 nur sehr schwer und auch zudem sehr langsam an. Es ist nun geplant, dass nach Ostern die Schutzimpfungen ausgeweitet werden sollen. Zudem werden weiterhin Demonstrationen durch die Polizei erschwert bzw. es wird versucht diese zu unterbinden, unter der Begründung der bestehenden Rechtsverordnungen. Durch Rechtsverordnungen nach Art.80 GG können jedoch keinesfalls länger als nötig die Grundrechte aus Art.1 bis 20 GG i.V.m. Art.79 GG so wie derzeit länger eingeschränkt werden. Die Betroffenen wehren sich allmählich und es entsteht Unmut in der Bevölkerung. Dieser Unmut wird sich 2021 auch im Wahlergebnis nach Ende des Bundestagswahlkampfes widerspiegeln. Es wird wie in den anderen Bundesländern u.U. zu einem Wahlergebnis kommen, mit dem niemand rechnet.

Der Kapitalismus in seiner jetzigen Form ist genau das Hauptproblem dabei. Seit den 1990er Jahren hat sich der Kapitalismus zurückentwickelt in die Zeit vor Bismarck. Der Beweis hierfür sind z.B. die Niedriglöhne und das ALG 2, auch HARTZ 4 genannt, die durch die AGENDA 2010 von der SPD (und den GRÜNEN! –red) eingeführt wurden damals. Die LINKE sollte doch durch eine AGENDA 2021 den Sozialstaat so wieder herstellen, wie er vor 1990 vorhanden war. Andernfalls wird es langfristig zu sozialen Unruhen im Land führen. Wir Genossinnen und Genossen der LINKEN müssen nun alle gemeinsam den Sozialstaat retten und schützen bzw. wieder herstellen mit unserem Bundestagswahlprogramm 2021 und dem Parteiprogramm der LINKEN. Es ist bereits 5 nach 12 und es kann schon zu spät sein. Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf.

Auch der Neoliberalismus gehört zurückgedrängt. Wir brauchen diesen Neoliberalismus nicht. Denn zusammen vermischt mit dem Kapitalismus stellen beide Dinge ein riesengroßes Übel dar. Keine der anderen Parteien hat dagegen irgendetwas parat. Vielmehr werden die bestehenden Probleme nicht angepackt. Wir als LINKE müssen uns von den etablierten anderen Parteien unterscheiden und auch abgrenzen und genau das tun, was jetzt die richtigen Lösungsansätze sind zur Behebung und zur Beseitigung von sehr schweren Fehlern aus der Vergangenheit. Letztlich steht das Volk hinter uns als LINKE.

Es herrscht leider bei den Wähler:innen Politik-Verdrossenheit. Diese haben die anderen Parteien mit verursacht und die Wähler:innen verschaukelt. Es wurde viele Jahrzehnte nur zugehört und alles an neuen Gesetzen einfach abgenickt und durchgewunken. Es wurde zudem einfach nicht genau genug hingeschaut bei der Verabschiedung von großen Gesetzesänderungen in der Vergangenheit. Alles geschah sozusagen völlig außer Kontrolle. Niemand machte sich Gedanken darüber. A wie auskömmlich bezahlbare Arbeit, Abschaffung ALG 2/HARTZ 4, K wie Kindergärten, Hochschulpolitik, Studienbedingungen, Bildungspolitik, Verkehrspolitik, Umwelt- und Klimaschutz, dürfen nicht mehr einseitig nur noch auf dem Rücken der Schwächeren ausgetragen werden. Es wird ein Bundestagswahlkampf werden wie niemals zuvor. Es ist zukünftig nichts mehr selbstverständlich, so wie es einst einmal gewesen ist. Das müssen wir uns alle einmal klar machen. Wir müssen 2021 nun alle endlich einmal gemeinsam zu neuen Zielen aufbrechen. Es geht um alles oder nichts. Sozialstaat auf jeden Fall erhalten und wieder aufbauen, entgegen aller anderen Vorurteile und noch bestehender Widerstände. Nur gemeinsam ist die LINKE stark durch alle anderen Genossinnen und Genossen. Schließlich heißt es einen demokratischen Sozialismus zu entwickeln und die Gesellschaft dadurch zu verändern. Wir werden da auch zukünftig nicht mehr drum herum kommen. Wir alle mussten in den letzten 30 Jahren hierfür einen hohen Preis bezahlen.

Lasst es uns nun 2021 gemeinsam anpacken und politisch handeln mit gutem Gewissen.

Roberto Perez Hagen

„Hände weg vom Park!“

Zum Konflikt um einen Bebauungsplan-Entwurf in St. Georg

Von Michael Joho, Vorsitzender des Einwohnerverss St. Georg von 1987 e.V.

In diesen Wochen geht es in St. Georgs kommunalpolitischem Alltag vor allem um den Bebauungsplan-Entwurf St. Georg 43 „Nördlich Steindamm“. Er macht Aussagen für das 3,07 Hektar große Gebiet zwischen dem Steindamm und der Brennerstraße sowie der Danziger Straße und dem Lohmühlenpark.

B-Plan-Auseinandersetzungen sind immer etwas vertrackte Angelegenheiten, denn die Ausführungen und Planzeichnungen der behördlichen Materialien erschließen sich kaum jemandem auf den ersten, meist auch nicht auf den zweiten Blick. Dabei regeln B-Pläne die Ausrichtung, die baulichen, bevölkerungsbezogenen, verkehrlichen und gewerblichen Akzentsetzungen oft für die nächsten Jahrzehnte. Inso-

fern ist es Aufgabe und Herausforderung aller lokal engagierten Vereine und Initiativen, die wichtigsten Inhalte eines B-Plans für die interessierten Menschen des Stadtteils und besonders für die Bewohner:innen und Gewerbetreibenden des betreffenden Quartiers aufzubereiten. Was angesichts der „Lesbarkeit“ und des Umfangs der Unterlagen nicht eben einfach ist und auch noch Kosten aufwirft. Hinsichtlich des B-Planentwurfs St. Georg 43 haben wir im Stadtteil kostenfrei genau *einen* Aktenordner mit dem Gesamtmaterial von rund 300 Seiten zur Verfügung gestellt bekommen. Weitere Kopien müssen eigens angefordert und – gezahlt werden. Und das soll bürger:innennah sein?

Zur Veranschaulichung eines gewöhnlichen Bebauungsplan-Verfahrens

(dick hervorgehoben die Möglichkeiten der Bürger:innen, Einfluss zu nehmen)

1. Ausgangsimpuls, er sollte eigentlich von den Bedarfen eines Quartiers geprägt sein, vermittelt über Parteien und Behörden; es mehren sich in Hamburg aber auch die Beispiele, bei denen Investor:innen mit Blick auf ihre Projekte einen sog. vorhabenbezogenen B-Plan initiieren; **theoretisch könnten auch Bürger:innen den Impuls setzen und einen neuen B-Plan einfordern**
2. Entwicklung eines ersten B-Plan-Entwurfs durch das bezirkliche Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung (SL), endend mit einem Aufstellungsbeschluss durch die Bezirksamtsleitung
3. Vorstellung dieses Entwurfs im Rahmen einer **Öffentlichen Plandiskussion (ÖPD)**, die eigentlich dazu da ist, Kritik, Wünsche und Anregungen aufzunehmen
4. Überarbeitung des Entwurfs durch das Fachamt SL
5. Übersendung dieses Entwurfs an die sog. Träger öffentlicher Belange (Behörden, Verbände, Handelskammer usw.) und Austausch mit ihnen; hier sind die Bewohner:innen und ihre Gruppen bisher völlig raus, ein kritikwürdiger Umstand, der das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte dazu veranlasst hat, seit Jahren die Anerkennung der Beiratsgremien als gleichrangige Träger öffentlicher Belange einzufordern
6. Nochmalige Überarbeitung des Entwurfs durch das Fachamt SL, Debatte und zustimmender Beschluss der Stadtplanungsausschuss zur öffentlichen Auslegung
7. **Öffentliche Auslegung des B-Planentwurfs** mit sämtlichen Materialien über einen Zeitraum von genau vier Wochen im Bezirksamt (unter Coronabedingungen auch im Netz), **die letzte Möglichkeit, Änderungswünsche vorzutragen, normalerweise in Form einer schriftlichen Einwendung**
8. Ggfs. letzte Überarbeitung des Entwurfs durch das Fachamt SL
9. Schlussabstimmung in Stadtplanungsausschuss und Bezirksversammlung
10. Nach rechtlicher Prüfung sowie Feststellung des B-Plans durch den/die Bezirksamtsleiter/in die Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger, wodurch der B-Plan Gesetzeskraft erlangt

Rein formal gesehen ist das B-Planverfahren St. Georg 43 wahrscheinlich korrekt gelaufen. Allerdings ist mehr als fragwürdig, ob ein ursprünglicher Entwurf, der 2006 (!) vorgelegt und mehr schlecht als recht diskutiert wurde, 15 Jahre später innerhalb weniger Monate übers Knie gebrochen werden sollte. Konkret: Die ÖPD

fand mit gerade mal 30 Teilnehmer:innen am 6. November 2006 statt und hat genau eine Stunde gedauert. Zu Wort kamen laut fünf Seiten Protokoll (davon eine mit den Rahmendaten Zeit und Teilnehmende) der Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses und die beiden Vertreter des Fachamtes SL (drei Seiten), zwei Vertreter des

wichtigsten Investors (eine halbe Seite) und fünf Anwohner:innen mit ihren zarten Fragen (ebenfalls eine halbe Seite). Ganz offensichtlich eine ÖPD, die den Namen kaum verdient. Umso bemerkenswerter ist, dass der Plan 15 Jahre im stillen Kämmerleins beraten und verändert wurde und Ende Februar 2021 dann blitzschnell die letzte Phase angegangen wird: die Öffentliche Auslegung des B-Planentwurfs vom 26. April bis zum 25. Mai 2021, im Hau-Ruck-Verfahren beschlossen von der Deko (der Deutschlandkoalition aus SPD, CDU und FDP im Bezirk Mitte) und der AfD, gegen die Stimmen von GRÜNEN und LINKEN. Echte Bürger:innenbeteiligung, die es faktisch schon 2006 nicht gegeben hat, wird nun noch einmal durch völlig unverständliche Hektik mit Füßen getreten. Angesichts der Änderungen und der fünfzehnjährigen Verzögerungen wäre eine halbjährige Informationsphase mit Veranstaltungen und breit veröffentlichtem Material und selbstverständlich eine neue ÖPD angesagt gewesen. Nicht aber für die Deko. Partizipation sieht anders aus!

Auf Grund der geringen Zeitspanne, die uns zur Verfügung steht – am 25. Mai sind die Möglichkeiten der Einflussnahme auf den B-Planentwurf passé – haben wir uns im Einwohnerverein neben dem Einfordern einer echten, zeitlich gestreckten Bürger:innenbeteiligung auf zwei Schwerpunkte konzentriert:

- Wir wollen verhindern, dass ein 110 qm großer Streifen vom Lohmühlenpark (also öffentlichen Grundes) an einen privaten Investor und St. Georger Großgrundbesitzer verkauft wird, der hier zwei Bürotürme aufstocken und in der Lücke dazwischen ein Gebäude wahrscheinlich mit teuren Wohnungen errichten möchte. „Hände weg vom Park!“ lautet unsere Parole, die auf hunderten von Stickern und Plakaten zurzeit im Hauptbahnhofviertel prangt.
- Wir wollen zugleich, dass im gesamten Gebiet das „Potenzial für 200 Wohnungen“ (so das Fachamt SL) im B-Planentwurf nicht nur benannt, sondern auch wirklich ausgeschöpft und mittels städtebaulicher Verträge und sonstiger Vereinbarungen in Form von

bis zu 200 öffentlich geförderten Wohnungen realisiert wird.

Das Fachamt SL, mithin das Bezirksamt Mitte, sieht das leider ganz anders. Auf einer von 80 Teilnehmer:innen „besuchten“ Online-Zusammenkunft des Stadtteilbeirats am 28. April verteidigte sein Leiter die Privatisierung der Parkfläche, schließlich würde der Stadtteil mit dem Neubau ja eine „einheitliche Fassade“ (wow!) zwischen dem Steindamm und der Brennerstraße gewinnen. Unsere Forderung lautet dagegen, keine Parkfläche zu verkaufen und den Neubau um drei Meter – auf dem bestehenden Grundstück des Investors – nach hinten zu verschieben. Was problemlos möglich wäre, gibt es auf der betreffenden Fläche doch bisher einen großen Parkplatz. Mensch muss dazu wissen, dass der Erwerb des Parkstreifens für den Investor den Vorteil birgt, quasi auf der jetzigen Grundstücksgrenze zu bauen, sonst müsste er beim Neubau wahrscheinlich einen Abstand von 2,50 Meter einhalten. Dieser „kleine“ Deal hat



zur

Kundgebung am 30.4. (Foto Ulli Gehner)

Folge, dass das Verhältnis von Grundstückskauf (110 qm) einerseits und verbesserten Renditemöglichkeiten andererseits etwa 1 zu 40 ausfällt: 500.000 zu 20 Millionen Euro, so haben wir berechnet. Zumal hier ganz sicher keine Sozialwohnungen vorgesehen sind, sondern teure frei finanzierte oder – noch wahrscheinlicher – super-teure Eigentumswohnungen, mit verbessertem Blick auf den Park nach vorne und einem großen, idyllischen Innenhof nach hinten.



Auch unsere zweite Hauptforderung hat es in sich. Aus dem errechneten „Potenzial von 200 Wohnungen“ haben das „Abendblatt“ und die „Mopo“ jüngst umfangreichen Wohnungsbau im B-Plangebiet abgeleitet. Mitnichten. Bisher stehen alleine 50 – sagen wir – Wohneinheiten fest, nämlich klein(st)e Studierenden- und Auszubildenden-Zimmer und eine Alten-WG. Sicher eine gute Sache, aber Sozialwohnungen sind noch was anderes. Auf die Frage, warum denn im B-Planentwurf nichts Konkretes steht als eben der Begriff des „Potenzials“, meinte der Fachamtsleiter auf der Stadtteilbeiratssitzung, es sei heutzutage so schwierig, Neubau von (sozialem) Wohnungsbau festzuschreiben, gleich kämen da die Jurist:innen und Verträge ließen sich schon gar nicht mehr vereinbaren...Nur warum werden dann einem Investor 110 qm Parkfläche zugestanden statt ihn zu veranlassen, nach hinten zu bauen? Warum darf das EOS-Hochhaus nochmals um zwei Etagen aufgestockt werden? Warum ist da offenbar im B-Plan der Abriss eines Wohnhauses vorgesehen und die Mieter:innen wissen von nichts?

All das, die unterlaufene Bürger:innenbeteiligung, die bekannten und eine Reihe bisher noch völlig unterbelichteter Aspekte hätten es erfordert, den B-Planentwurf einer erneuten halbjährigen Prüfung durch die St. Georger Öffentlichkeit und übrigens auch der Bezirkspolitiker:innen zu unterziehen. Jetzt bleiben uns le-

diglich noch drei Wochen Zeit, wenigstens noch auf dem schriftlichen Wege Einwendungen vorzubringen. Je mehr, je vielfältiger, desto besser. Alle nötigen Unterlagen des B-Planverfahrens samt unseren kritischen Hinweisen und Materialien finden sich auf der Website des Einwohnervereins unter www.ev-stgeorg.de.

Unsere Forderungen:

- Mehr Zeit für umfassende Information und echte BürgerInnenbeteiligung!
- „Hände weg vom Lohmühlenpark!“ Wir fordern den Verzicht auf die Privatisierung eines Streifens des Lohmühlenparks zugunsten eines privaten Grundeigentümers!
- Wir wollen keine weitere Verschattung des Parks und der bereits vorhandenen Wohnbebauung und wir streiten für den Erhalt des vorhandenen Baumbestandes!
- Wir wollen nicht nur „bis zu 200 Wohnungen“ unverbindlich im gesamten B-Plan-Gebiet entstehen sehen, wir fordern hier vielmehr die verbindliche und schriftliche Zusage und die Schaffung von erheblich mehr Sozialwohnungen im 1.Förderweg!
- Der angrenzende B-Plan St. Georg 14 (für den Lohmühlenpark) darf nicht zu Lasten des Parks angetastet werden!

Oben: Die Baulücke am Park (Foto: Micha Joho)

Änderungen im Sozialrecht, Allgemeinen Schuldrecht und auf dem Arbeitsmarkt

Die durch die AGENDA 2010 erlassenen Regelungen und die Einführung von ALG2/HARTZ 4 sind nun zu stoppen und zu ändern. D.h., dass die alte bis vor ALG2 geltende Arbeitslosenhilfe wieder einzuführen ist. Hierzu bräuchte nur der bestehende §12 SGB II gestrichen zu werden. An jene Stelle wäre die alte Arbeitslosenhilfe ohne Berücksichtigung von persönlichem Vermögen wieder einzuführen. Auch der § 9 II SGB 2 und der dortige Begriff der Bedarfsgemeinschaft sind zu streichen. Ebenso sind § 9 IV SGB 2 zu streichen und aufzuheben. Ferner fehlt es beim TzbfG an der Mitbestimmung des Betriebsrates bei den Entfristungen. Hier wäre eine Verweisungsnorm zu schaffen mit Verweisung vom TzbfG auf das BetrVG. Der Sinn und Zweck soll sein, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innenvertretung zu ermöglichen. Besser wäre es jedoch befristete Zeitarbeitsverhältnisse wie sie im TzbfG geregelt sind wieder abzuschaffen, weil es sich als falsch herausgestellt hat, auf unserem Arbeitsmarkt aufgrund einer EU-Richtlinie unseren bisherigen Wohlstand zu zerschlagen (TzbfG =Teilzeit- und Befristungsgesetz).

Ebenso sind das Arbeitnehmerentendengesetz (AEntG), das MiloG (Mindestlohngesetz), die MiloV (Mindestlohnverordnung) und das TVG (Tarifvertragsgesetz) deutlich zu verbessern, um dem Sozialstaat noch ein Weniges zu lassen. Alle diese Gesetze sind mit unsrem Sozialstaatsprinzip aus Art.20 I GG so nicht vereinbar und fördern die Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und die Armut. Der Skandal in der Fleischindustrie 2020 bei Firma Tönnies hat uns ja allen genau jenes gezeigt. Vielmehr sind feste und unbefristete Arbeitsverhältnisse zur Sicherung des Wohlstandes und des auskömmlichen Lebens von und durch Arbeitsverhältnisse voranzubringen.

Vor allem in und auf den Bezug der Schaffung und des Aufbaus und der Förderung eines demokratischen Sozialismus für einen zu errichtenden Wohlfahrtsstaat, ist es von großer Wichtigkeit. Die Vertragsfreiheit als ein (Typenzwang), scheint zwar bislang wichtigste Folge der Privatautonomie zu sein; sie steht als Bestandteil der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) unter verfassungsrechtlichem Schutz; im bürgerlichen Recht meint Vertragsfreiheit den Grundsatz, dass die Parteien Abschluss wie auch Inhalt eines Vertrages frei gestalten können (Abschluss- und Gestaltungsfreiheit).

Die Vertragsfreiheit findet ihre Grenzen u. a. in den allgemeinen Verboten der Gesetzeswidrigkeit (§ 134 BGB) und der Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB) sowie in zwingenden gesetzlichen Vorschriften des Verbraucherschutzes. Gestaltungsfreiheit gilt ferner im Wesentlichen nur im Schuldrecht, wo neben den dort typisierten und geregelten Verträgen (z. B. Kauf, Miete, Werkvertrag, Auftrag) Mischformen vorkommen. So z. B. enthält der Vertrag, mit dem ein Hotelzimmer angemietet wird, i. d. R. Elemente des Miet-, des Dienst- und des Kaufvertrages (Miete des Zimmers, Service, Warenverzehr). Im täglichen Wirtschaftsleben haben sich weitere, gesetzlich nicht geregelte verkehrstypische Verträge im Sachenrecht und im Erbrecht herausgebildet, z.B. Leasing-, Factoring- oder Baubetreuungsvertrag. Dort herrscht die Bindung an vorgesehene Vertragstypen (**Typenzwang**). Eine weitere Ausnahme von der Vertragsfreiheit bildet der Kontrahierungszwang, der die Abschlussfreiheit einschränkt.

Jedoch muss in der Hinsicht auf das Sozialstaatsprinzip Art, 20 I GG hierbei ein Paradigmenwechsel stattfinden. Schließlich ist die Vertragsfreiheit ja auch die Wurzel allen Übels im Kapitalismus, gerade im Hinblick auf den damit verbundenen Neoliberalismus und der Ausbeutung der Ärmeren und der Schwächeren, sowie der Hilfslosen, durch das Kapital, müssen wir unter dieses Treiben nun endgültig einen Schlussstrich ziehen. Niemand darf das Recht haben als Reicher die Ärmeren auszubeuten. Derartige Vorhaben müssen in den Bundestagswahlkampf 2021 mit einfließen, um das von der Basis der LINKEN beschlossene Wahlprogramm in eine spätere Politik umzusetzen. Hier besteht gesetzlicher Handlungsbedarf und der § 311 BGB muss in seiner derzeitigen Fassung dahingehend geändert werden, die Ärmeren zu schützen. Er ist durch eine Verweisung auf das Sozialstaatsprinzip in Form einer Legaldefinition, im Sinn und Zweck des Wortlautes zu ergänzen. Der Art.2 I GG darf den Art.20 I GG nicht verdrängen. Genau das ist jedoch bei der derzeitigen Fassung des § 311 BGB der Fall. Das Allgemeine Schuldrecht muss nun dringend reformiert werden. Es besteht politischer Handlungsbedarf, der nunmehr wichtiger denn je geworden ist vor allem durch den Neoliberalismus/Kapitalismus. Es darf nicht weiter zugesehen werden, wie durch ein solches Manko alles zu Grunde geht.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Bitte Corona bedingt auf gesonderte Einladungen achten. Die meisten Termine finden sicherlich digital statt.

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Montag, 10.05., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** (digital, Link mit der Einladung)

Dienstag, 11.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 13.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** digital, siehe besondere Einladung

Mittwoch, 19.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9, evtl. online

Mittwoch, 19.05., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 20.05., 17:30 Uhr

Sitzung der Bezirksversammlung (digital und öffentlich)

Dienstag, 25.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Sonntag, 30.5. 14:00

BMV zu Bundestagswahl + Bundesparteitag
Alevitische Gemeinde Nobistor 33-35,
Eine detaillierte Tagesordnung folgt.

Juni 2021

Dienstag, 08.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"

Donnerstag, 10.06., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt** Büro Billstedter Hauptstraße 76 (Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 14.06., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik** Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9 (hoffentlich)

Mittwoch, 16.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg** GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 16.06., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde** Büro Borgfelder Straße 83

Dienstag, 22.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Vereinshaus Gartenverein "Im Bauernfelde"
Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Monika Berstecher		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Jörg Günther (Schatzmeister)		
Maurizio Kosinski		
Suna Sahin		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX